



STARTWOCHE

Startwoche 2021

Eine Beilage der Landeszeitung

Montag, 11. Oktober 2021

Ist das noch passend?

Turnerinnen tragen meist extrem kurze Anzüge. Nun lehnen sich Frauen gegen die Kleidernorm auf.
► Seite 11

Ein zweites Leben

Mit einem Second-Hand-Laden gegen die Wegwerfgesellschaft – hat das Zukunft?
► Seite 12

Und was folgt noch?

Die Berliner haben abgestimmt: Sie wollen Immobilienkonzerne enteignen. Können so soziale Probleme gelöst werden? Ein Streitgespräch: ► Seite 10



EDITORIAL



Von Stella Eick

Fahrt in die Klimakatastrophe

Der „New Deal“ sorgt in den 1930ern nach der Krise für Hoffnung in den USA. Die Leuphana hat ihn zum Motto der Startwoche ernannt. Was progressiv klingt, ist jedoch ein fauler Kompromiss. Ein Essay

VON HANNO HINRICHS

Lüneburg. Klimakrise, Finanzkrise, Migrationskrise, Corona-Krise: Die Sorglosigkeit der Neunziger Jahre ist verfliegen, die Realität stößt uns gnadenlos vor den Kopf. Was kann das Ruder jetzt noch herumreißen? Von Bernie Sanders bis Ursula von der Leyen scheinen sich alle einig zu sein: Wir brauchen einen „New Deal“!

Der Slogan ist eine Referenz an die Wirtschafts- und Sozialpolitik des US-Präsidenten Franklin D. Roosevelts infolge der Weltwirtschaftskrise 1929. Nun ist er das Motto der diesjährigen Startwoche: die „multiplen Krisen erfordern neue Ideen für morgen“ – so die Leuphana. Doch die Universität hat sich mit Roosevelt den falschen Helden zum Vorbild genommen. Ein New Deal wird die Probleme nicht lösen.

Die Erfolgsgeschichte des „New Deals“

Der New Deal von 1933 bis 1938 ist zum Mythos herangewachsen. Und tatsächlich – Roosevelts Sozialpolitik verschaffte vielen Menschen Zugang zu Arbeit, Strom und Sozialversicherungen. Seine Politik sorgte erstmals seit 1929 wieder für Aufschwung, auch wenn die große Depression wahrscheinlich erst mit der Kriegswirtschaft ab 1942 überwunden wurde.

Dabei war der New Deal kein

sozialistisches Projekt. Im Gegenteil: Die Erhöhung des Lebensstandards stimulierte den Konsum und kurbelte die Marktwirtschaft um ein Vielfaches an. Die Selbsterstörung des Kapitalismus sollte damit – und konnte auch nur – staatlicherseits verhindert werden.

Es bleibt Spekulation, was ohne die Interventionen Roosevelts passiert wäre. Die Krise zog in den USA viele Menschen auf die Straße: Mietstreiks und Arbeitskämpfe, Frauenproteste und Arbeitslosenanstände. Ein Weiter-So unter Roosevelt hätte den Klassenkonflikt bis zur Eskalation zuspitzen können.

Die Wohlfahrtsprogramme haben das unmittelbare Elend abgeschwächt. Der New Deal hat neues Vertrauen in Politik und Wirtschaft hergestellt, ohne den Grundkonflikt auflösen zu müssen – ein Klassenkompromiss. Nicht alle Arbeiter:innen aber konnten daran teilhaben.

Für die schwarze Bevölkerung hatte der New Deal gegenteilige Auswirkungen. Nach der offiziellen Abschaffung der Sklaverei arbeiteten viele in der Haus- oder Landwirtschaft – Bereiche, die von den Sozialreformen entweder ausgeschlossen oder zugunsten weißer Arbeiter:innen umstrukturiert wurden. In der Tradition der „Jim Crow“-Gesetze wurde die rassistische Spaltung der Klasse weiter verschärft. Somit führten sich die weißen Arbeiter:innen der Nation und

dem Kapital näher als der schwarzen Bevölkerung.

Der Wunsch nach einer Neuaufgabe hat daher einen faden Beigeschmack – ob nun als „Green Deal“ in Europa oder als „Green New Deal“ in den USA. Gerade die Klimafrage zwingt uns, über die Grenzen unseres Wirtschaftssystems hinauszudenken. Mit einem Reformprogramm à la Roosevelt ist das nicht möglich. Dabei liegt auf der Hand, dass grenzenloses Wachs-

Wie damals regt sich nun Protest. In Deutschland steht mit den wilden Streiks beim Lieferservice Gorillas und der Kampagne „Deutsche Wohnen und Co enteignen“ die Klassenfrage wieder auf der Agenda. Auch ein Großteil der Klimabewegung äußert eine fundamentale Kapitalismuskritik. Zu häufig jedoch steht der Konsum im Zentrum, nicht die Produktion. Versuche, die Klimafrage und die Klassenfrage zusammenzudenken, stecken noch in den Kinderschuhen.

Die Krise birgt nicht nur große Verantwortung, sondern auch das Potential für die notwendige Umwälzung der Produktionsverhältnisse. Die Sehnsucht nach einem New Deal ist jedoch gefährlich. Er würde einen Kompromiss bedeuten, bevor der Klassenkonflikt sich überhaupt zuspitzen konnte. Dabei können wir nur verlieren. Diesmal jedoch alle zusammen – eine Klassenfahrt in die Klimakatastrophe.

Unter dem Motto „New Deal“ soll die Startwoche einen Anstoß geben, sich in Workshops mit der Lösung der gegenwärtigen Krisen auseinanderzusetzen. Die Stoßrichtung des Mottos schlägt sich auch im Programm nieder – und seine Probleme ebenfalls.

Unter #SocialJustice bietet die Universität Seminare zu sozialer Ungerechtigkeit an. „Männer haben höhere Löhne, häufen mehr Vermögen an und

bekleiden mit größerer Wahrscheinlichkeit ein politisches Amt oder andere Machtpositionen“, heißt es. Ein New Deal müsse solche Diskriminierungen abbauen. Eine grundsätzliche Kritik an der Verteilung von Macht und Wohlstand wird jedoch nicht geübt.

Unter #Democracy sollen Herausforderungen der Demokratie verhandelt werden. Keines der Seminare problematisiert jedoch die fehlende demokratische Kontrolle der Produktion und die damit einhergehende Macht der Konzerne über unsere Zukunft. So werden existenzielle Fragen weiterhin durch Profitrübungen und nicht durch demokratische Mehrheiten entschieden.

Innovative und nachhaltige Start-Ups reichen nicht aus

Kein Wunder, dass auch unter #Green die Systemfrage veräußert wird. Innovative und nachhaltige Start-Ups reichen nicht aus, um die Katastrophe abzuwenden.

Damit stößt die Leuphana an dieselben Grenzen wie auch Roosevelt. Die Krisensymptome werden bekämpft, während ihre Ursache ungeachtet bleibt. Das Potenzial der gegenwärtigen Protestbewegungen wird damit verschenkt. Bis zum Klimakollaps werden einige im grün-bunten Kapitalismus aufsteigen können – der Rest bleibt weiterhin ausgebeutet.

Bitte teilen

Die Startwoche hat begonnen – rund 1400 Menschen nehmen in diesem Jahr ein Bachelor-Studium an der Leuphana auf. Fünf Tage wird die Startwochenzeitung vom und für den Campus berichtet, gedruckt und digital, auch auf Instagram und Facebook. Für viele „Studis“ beginnt der Neuanfang mit einem Umzug. „Du kannst immer heimkommen“, sagte meine Mutter damals. Das Angebot nahm ich während der Pandemie gerne an. Als Lebensmittel jedoch wählte ich Lüneburg. Wer hier wohnt, weiß, wie schwer die Suche nach einer Bleibe sein kann: Die Mieten sind seit 2005 um die Hälfte gestiegen. Daher zog ich in eine WG und habe den Trend zum Teilen schätzen gelernt. Auch wer mehr als Küche und Bad zusammen nutzen möchte, findet hier zahlreiche Angebote: eine Bücher-Bushaltestelle, eine Bibliothek der Dinge, die Fairteiler für Lebensmittel und eine digitale Sharing-Gruppe. Die Idee dahinter ist, dass wir genug für alle haben – deshalb wünsche ich mir ein Menschenrecht auf Wohnen. Leider fehlt deutschlandweit bezahlbarer Wohnraum. Ob Enteignungen von Wohnkonzernen daran etwas ändern können, lesen Sie auf Seite 10.

„Bis zum Klimakollaps werden einige im grün-bunten Kapitalismus aufsteigen können – der Rest bleibt ausgebeutet.“

tum auf einem begrenzten Planeten scheitern wird. Dass Großkonzerne niemals im Sinne der Allgemeinheit wirtschaften werden. Das besonders die Ausbeuteten am stärksten von der Katastrophe betroffen sind – und das schon heute. Die Klimafrage ist also auch eine Klassenfrage.

„Berlin ist ein Präzedenzfall“

STREITGESPRÄCH

Die Berliner haben entschieden: Wohnungen großer Immobilienkonzerne sollen zurück in die öffentliche Hand

Frau Schwerdtner, Herr Kholodilin, Sie wohnen beide in Berlin. Wie erleben Sie das Wohnungsproblem? Konstantin Kholodilin: Für mich stellt sich diese Frage nicht. Ich habe vor zehn Jahren eine Haushälfte gekauft.

Das Glück haben nicht viele. Ines Schwerdtner: Stimmt. Nur 17 Prozent in Berlin besitzen Wohneigentum. Die große Mehrheit wohnt zur Miete, auch ich. **Konstantin Kholodilin:** Das ist für alle deutschen Großstädte charakteristisch. Im Gegensatz zu anderen Städten Europas – in Spanien sind die Verhältnisse umgekehrt. Dort sind 70 bis 80 Prozent Eigentümer.

Wenn die Schere so weit auseinandergeht, haben Sie dann Sympathien für die Anliegen von „Deutsche Wohnen und Co Enteignen“? Kholodilin: Sympathien habe ich nicht, muss ich ehrlich sagen. Ich komme aus Russland, wo 70 Jahre lang Sozialismus herrschte. Das hatte fatale Folgen für den Wohnungsmarkt. Der Wohnraum pro Kopf liegt noch immer bei der Hälfte der deutschen Verhältnisse. **Schwerdtner:** Viele haben bei Sozialismus sofort den hässlichen Plattenbau vor Augen, gerade auch in Ostdeutschland. Schaut man sich Halle-Neustadt an, hat die DDR nicht gerade für schönes Wohnen gesorgt. Aber es gibt nicht nur die eine Geschichte: Jugoslawien hatte sehr schönen sozialen Wohnungsbau, der auch in andere sozialistische Länder exportiert wurde. So kann eine große Masse an Menschen zusammenleben, ohne dass Lebensqualität verloren geht.

In Berlin geht es vor allem um die Rückführung von Wohnungen, die 2004 privatisiert worden sind. Ist die Angst vor dem Sozialismus da nicht etwas weitgegriffen? Kholodilin: Ich denke nicht. Es ist wahr, dass sie früher der Stadt gehört haben. Bei „Deutsche Wohnen und Co Enteignen“ geht es aber um die Enteignung von mehr als 240.000 Wohnungen – und das weit unter Marktpreis. **Schwerdtner:** Eigentlich geht es



Berlin ist der Brennpunkt: Protest gegen horrenden Mieten und zu wenig bezahlbare Wohnungen.

Foto: Ian Clotworthy

um den Artikel 15, die Vergesellschaftung. Grund und Boden können vergesellschaftet werden, wenn es dem Allgemeinwohl dient. Die Entschädigungssumme aber ist eine politische, keine rechtliche Frage. Die Kampagne kommt auf eine Summe zwischen acht und elf Milliarden Euro, da sie nicht den jetzigen Verkaufswert zugrunde legt. **Kholodilin:** 36 Milliarden ist die Schätzung des Senats.

Schwerdtner: Der Senat hat nicht per se recht, weil er der Senat ist. Die Frage ist noch nicht entschieden. Sie ist aber auch nicht die entscheidende Frage. Die Idee ist, dass man einen Kredit aufnimmt und diesen durch die Mieteinnahmen zurückzahlt. Es wäre also haushaltsneutral möglich. **Kholodilin:** Kreditfinanzierung heißt nicht, dass es kostenlos ist. Es müssen Zinsen gezahlt werden, wodurch es noch teurer wird. Es ist fraglich, ob das wirklich durch die Mieteinnahmen gedeckt werden kann.

Schwerdtner: Bei einem Verkaufspreis von acht bis elf Milliarden wäre der Kredit in zehn Jahren abbezahlt. Davon geht die Kampagne aus.

Die möchte eine Anstalt öffentlichen Rechts gründen. Gibt es Vorbilder dafür? Schwerdtner: Ein Vorbild für die Rechtsform ist der Öffentlich-Rechtliche Rundfunk. Dort entscheiden verschiedene Gruppierungen aus Medien und Politik,

wie die Gelder verwendet werden. So ähnlich kann man sich das hier auch vorstellen. Nur, dass sowohl die Stadt und die Verwaltung als auch die Mieterinnen selbst beteiligt wären und gemeinsam über Sanierungen und Mietpreise entscheiden. Das wäre eben nicht das Schreckgespenst der Verstaatlichung, sondern würde eine neue demokratische Grundlage schaffen.

Kholodilin: Ich halte das für unrealistisch. Man muss zwei Ziele miteinander verbinden: Niedrige Mieten einerseits, die Modernisierung des Wohnungsstandes andererseits. Gleichzeitig will man noch bauen. Dabei keine roten Zahlen zu schreiben, ist schwer vorstellbar – es sei denn, die Enteignung findet weit unter Marktpreis statt. Spätestens bei Modernisierungen und Klimaschutzmaßnahmen frage ich mich jedoch, woher das Geld kommen soll. **Schwerdtner:** Der Staat hat eine

andere Aufgabe als einzelne Unternehmen, die dazu gezwungen sind, Profite rauszuschlagen. Es sollte keine Rolle spielen, ob man damit schwarze oder rote Zahlen schreibt, wenn man sich politisch dafür entscheidet. Der Senat hat kürzlich schon 14.000 sanierungsbedürftige Wohnungen von Vonovia gekauft – für 2,5 Milliarden Euro. Wenn man das hochrechnet, war das deutlich teurer als die mögliche Umsetzung des Volksentscheides.

Kann man das so einfach vergleichen? Kholodilin: Das ist ein viel kleinerer Maßstab und lässt sich nicht so einfach skalieren. 240.000 Wohnungen auf einen Schlag zu enteignen ist eine große Hausnummer. Das sind zwei Drittel des existierenden kommunalen Bestandes. Wer würde dann noch bereit sein, in Berlin zu investieren? **Schwerdtner:** Das ist Spekulation. Berlin ist immer noch eine

lebendige, attraktive Stadt. Es gibt keinen anderen Weg, als kommunal anders zu wirtschaften, wenn wir die Fragen der Ungleichheit und der Klimakatastrophe lösen wollen.

Kholodilin: Was machen Sie denn, wenn die Stadt den Volksentscheid nicht umsetzt? **Schwerdtner:** Das ist sogar das realistische Szenario. Außer der Linkspartei gibt es keine Partei, die daraus ernsthaft eine Gesetzesvorlage machen will. Deswegen müssen wir die Frage in der öffentlichen Diskussion aktuell halten. Die Gewerkschaften, der Mieterverein, selbst die SPD-Basis unterstützt die Initiative. Jetzt geht es erst richtig los.

Die Grünen wollen den Entscheid nutzen, um Druck aufzubauen und mit den Konzernen in Verhandlung zu treten. Wie stehen Sie dazu? Kholodilin: Ein Kompromiss ist besser als solche harschen Maßnahmen. Man sollte die Konzerne nicht dafür bestrafen, dass sie nach den Marktmechanismen handeln. Das ist kein böser Wille.

Schwerdtner: Es war selten so klar wie jetzt: Die Mehrheit will nicht, dass man verhandelt. Der Senat ist nicht auf Augenhöhe mit den Unternehmen. Die Stadt ist zu einem Anlage- und Spekulationsobjekt geworden und hat die politische Kontrolle darüber komplett verloren.

Glauben Sie, dass andere

Städte das Momentum nutzen werden?

Kholodilin: Was in Berlin passiert, wird mit großem Interesse verfolgt, auch im Ausland. Nicht nur in Europa, im fernen Osten, global. Der Wohnungsmangel ist überall ein großes Problem. **Schwerdtner:** Es muss eine Mieterbewegung geben, die das trägt. In Hamburg, München oder Frankfurt gibt es schon Initiativen, die genau draufschauen. Berlin ist ein Präzedenzfall und könnte ein Leuchtturmprojekt werden.

Was könnte in Zukunft alles vergesellschaftet werden? Kholodilin: Natürliche Monopole – so lehrt uns die Mainstream-Volkswirtschaftslehre. Es macht keinen Sinn, parallele Eisenbahnen zu bauen. Auch bei anderen Infrastrukturunternehmen ist das der Fall. Der Wohnungsmarkt ist aber relativ kompetitiv. Dort muss es nicht unbedingt einen einzigen Eigentümer geben. Möglich wäre jedoch eine Lebenspacht wie in einigen Städten Belgiens. Dort verpachtet der Staat das Land für 99 Jahre an Menschen, die Häuser bauen.

Schwerdtner: Ich glaube, dass alle Bereiche der Daseinsvorsorge wieder rekommunalisiert werden sollten. Gesundheit, Stromversorgung, Wasser, Mobilität. Noch spannender sind die strategisch wichtigen Unternehmen. Kevin Kühnert hat vor zwei Jahren vorgeschlagen, BMW zu vergesellschaften. Das hat für großen Aufbruch gesorgt und war über Jahrzehnte überhaupt nicht denkbar. Es geht darum, auch die Produktion unter demokratische Kontrolle zu stellen.

Kholodilin: Erstaunlicherweise hat die DDR aber keine BMWs produziert, nur Trabants. Das ist schon eine Aussage über die Effizienz der Planwirtschaft. **Schwerdtner:** Ich würde die Planwirtschaft nicht so verteuern. Mit den heutigen technischen Mitteln könnte man wesentlich effizienter und ressourcenschonender planen, als die DDR das gemacht hat. Genau genommen betreiben auch große Unternehmen wie Amazon Planwirtschaft. Sie läuft jedoch unter kapitalistischen Vorzeichen, sodass nur wenige davon profitieren.

Kholodilin: Was die Teilhabe der Mitarbeiter angeht, gibt es schon seit Jahrzehnten das Konzept der Mitarbeiteraktionäre. So haben sie Einfluss auf die Politik des Unternehmens und können mitbestimmen. Das finde ich sinnvoller, als alles unter staatliches Dach zu bringen. **Gespräch: Hanno Hinrichs**



Ines Schwerdtner ist Chefredakteurin des deutschen Jacobin-Magazins und aktiv in der Kampagne „Deutsche Wohnen und Co Enteignen“.



Konstantin Kholodilin ist Experte für Immobilienmärkte beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin.

Wohnung gesucht? Vier Tipps

Viele Studierende treten ihr Studium an, ohne ein Zimmer gefunden zu haben. Wer noch sucht: Hier einige Anlaufstellen, um schnell eine Unterkunft zu finden – zusammengestellt von Noam Ketelsen.



Die Bettenbörse
Der Student:innenausschuss AstA unterstützt beim Finden einer vorübergehenden Lösung. Das Angebot der Bettenbörse richtet sich speziell an Neuankommlinge. Hier können sich Studierende und Nicht-Studierende melden, die ein Bett oder Sofa frei haben, vielleicht sogar ein Zimmer untervermieten können.
www.asta-lueenburg.de/service/bettenboerse/
Tel.: (04131) 677 1510

Das StudentenWerk
Wer kein privat vermietetes WG-Zimmer findet, für den- oder diejenige sind die Wohnheime des Studentenwerks eine Option. Auch Mitte Oktober ist es für eine Bewerbung nicht zu spät. Ein Nachteil ist, dass man sich die Mitbewohner nicht aussuchen darf. Das Studentenwerk bietet außerdem neben Semesterverträgen auch zweimonatige Verträge an.
www.stw-on.de/lueenburg/wohnen
Tel.: (04131) 789 63 23

Couchsurfing
Fast Jeder hat es schon mal gehört – auch in Lüneburg gibt es fast 3000 angemeldete Gastgeber:innen. Couchsurfing richtet sich zwar vor allem an Reisende, aber ohne Wohnung ist man das ja irgendwie auch. Praktischerweise bieten hier viele neben ihrer Couch auch an, ihren Gästen die Stadt zu zeigen. Die Plattform bietet kostenpflichtige Identitätsprüfungen an, um die Sicherheit zu erhöhen.
www.couchsurfing.com

Kommiliton:innen
Über Startwochengruppen, Major und Minor werden Erstsemester-Studierende schnell in diverse Gruppenchats eingeladen. Vielleicht können Kommiliton:innen euch vorübergehend aufnehmen oder kennen Angebote, die man online nicht findet.

Der Geruch von Haarspray

Unsere Autorin war früher Trampolinturnerin. Heute fragt sie: Sind die kurzen Anzüge noch zeitgemäß?

VON KAJA EILERS

Eine angespannte Stimmung, dazu der Geruch von zu viel Haarspray. Eltern, die schon das Ende herbeisehnen, bevor das Turnier überhaupt angefangen hat, und lauter schillernde Turnieranzüge. Das kommt mir in den Kopf, wenn ich an meine Wettkämpfe als Trampolinturnerin zurückdenke.

Jeder Verein hat sein eigenes Anzugsdesign. Es gibt verschiedene Formen und Farben: mit oder ohne Ärmel, hoch oder tief ausgeschnitten, bunt oder einfarbig, aus Samt oder aus Netzstoff, mal mit viel Glitzer und Pailletten, mal mit wenig. Geschnitten sind sie aber immer gleich: wie ein Badeanzug.

Eine überfällige Veränderung

Während die jüngeren Turnerinnen es häufig kaum abwarten konnten, in dem ausgefallenen Anzug zu turnen, war die Meinung der älteren gemischt. Meistens warteten wir mit dem Umziehen bis zur letzten Übung beim Einturnen und wechselten die Kleidung direkt nach dem letzten bewerteten Sprung. Ein mulmiges Gefühl verbinde ich persönlich mit den Anzügen bis heute nicht.

Doch vor Kurzem wurde ich nachdenklich: Ich hatte gehört, dass die deutschen Turnerinnen bei der Europameisterschaft in Basel dieses Jahr einen Unitard tragen, also einen Anzug mit langen Ärmeln und Beinen. Sie wollten damit ein Zeichen setzen. Und je mehr ich, die ehemalige Trampolinspringerin, darüber nachdenke, finde ich dieses Zeichen richtig und wichtig. Es



Je mehr Kaja Eilers darüber nachdenkt, findet sie, dass es an der Zeit für eine Veränderung ist. Foto: t&w

könnte eine Veränderung anstoßen, die lange überfällig ist.

Wie es zu der Entscheidung der deutschen Turnerinnen kam, dazu gaben sie öffentlich kein Statement ab. Allerdings hat Elisabeth Seitz, ein Mitglied des Teams, in einem Interview mit der „Sportschau“ von unangemessenen Fotos im Netz gesprochen. Fotos, die aus einer Perspektive geschossen worden seien, die alles andere als ästhetisch waren und die mehr gezeigt hätten, als der Turnerin lieb gewesen sei.

Zum Glück habe ich keine Erfahrungen mit Sexismus im Sport. Es gab keine unangenehmen Fotos oder Kommentare, und die meisten Trainer:innen, mit denen ich gearbeitet habe,

waren sehr professionell. Sie haben Distanz gehalten, so gut es beim Turnsport eben ging.

Dass dies nicht immer der Realität entspricht, wurde im Jahr 2016 deutlich. Damals wurde der Teamarzt des US-amerikanischen Turnteams, Larry Nassar, für den sexuellen Missbrauch in hunderten Fällen angeklagt. Immer mehr Sportler:innen haben in den vergangenen Jahren ihr Schweigen gebrochen und sich getraut, zu sprechen. Sexismus und Sexualisierung sind im Turnsport also nichts Unbekanntes.

Bei der Kleiderfrage geht es aber noch um was anderes, wie auch Seitz klarstellte. Durch ihre Initiative „It’s my choice“ möchte sie die Selbstbestimmung von

Turnerinnen zur Normalität machen und Aufklärungsarbeit leisten. In einem Interview in den „Stuttgarter Nachrichten“ forderte die Olympiaturnerin: „Zieht das an, worin ihr euch am wohlsten fühlt.“

Wenn ich dieses Statement höre, frage ich mich: Wie hätte ich mich damals entschieden, wenn ich eine Wahl beim Anzug gehabt hätte? Auch ich habe in den kurzen Anzügen vorsichtiger geturnt. Manchen Turnelementen habe ich mit der Angst entgegengesehen, dass etwas verrutscht.

Turnierkleidung hat durchaus eine wichtige Funktion, aber wenn diese Kleidung letztendlich zu einem womöglich schlechteren Ergebnis führt, ist sie of-

fensichtlich nicht die richtige. Das bedeutet nicht zwangsläufig, dass der Anzug immer lang sein muss. Elisabeth Seitz sagt, man solle tragen, wofür man sich am Wettkampftag bereit fühle. Ich finde, der Körper muss nicht zwangsläufig versteckt und sollte niemals tabuisiert werden. Wenn ich an meine Zeit als Trainerin zurückdenke, kommen mir einige Gespräche in den Kopf, die ich mit ein paar Anfänger:innen

meinem Trainer – sie war Tradition. Die Reglementierungen lasen einen Unitard durchaus zu.

Obwohl die Entscheidung der Kunstturnerinnen positiv aufgenommen wurde, haben bisher wenige Vereine nachgezogen. Weder in Deutschland noch anderswo. Seitz vermutete in einem Interview, dass es eine Zeitfrage sein könne, da eine Umstellung der Turnierkleidung im Verein meistens viel Aufwand bedeutet. Meistens behalten Vereine dasselbe Anzugsdesign über einige Jahre.

Nicht nur beim Turnen sorgt die Turnierkleidung für Probleme. Beim World-Tour-Turnier in Katar entschied sich das deutsche Beachvolleyball-Duo Karla Borger und Julia Sude gegen eine Teilnahme, weil sie das Gefühl hatten, in der vorgegebenen Kleidung nicht vernünftig arbeiten zu können. Hier war das Problem nicht zu kurze, sondern zu lange Kleidung. Und anders als in Basel wurde ein anderes Outfit tatsächlich von den örtlichen Veranstaltern verboten. Es ist also nicht nur eine Frage von „zu kurz oder zu lang“, sondern eine der Selbstbestimmung.

Die Menschen fangen an, Altbewährtes zu hinterfragen

Bei den Olympischen Spielen in Tokio habe ich im Sommer freudig Anzeichen einer Veränderung entdeckt: Die US-amerikanische Turnerin Simone Biles sprach die große Bedeutung mentaler Gesundheit an, ein grausamer Vorfall beim Fünfkampf stellte das Wohl der Tiere infrage – und das deutsche Turnteam startete im Ganzkörperanzug.

Die Menschen fangen an, Altbewährtes zu hinterfragen. Für sich selbst und für jene, die keine Stimme haben. Mir macht das Mut. Ob aber wirklich ein Wandel einsetzt, werden uns wohl erst die nächsten Olympischen Spiele zeigen.

„Zieht das an, worin ihr euch am wohlsten fühlt.“

Elisabeth Seitz
Olympiaturnerin



Prozentrechnung per Mausklick

Unter der Pandemie haben schwächere Schüler:innen besonders gelitten. Eine neue Initiative vermittelt kostenlose Online-Nachhilfe

VON JULIA RONDEN

Als Clara dazu stößt, legt Jürgen sofort los. „Wie kann ich dir helfen?“, fragt er. Es ist ein Freitagvormittag im August, Clara und Jürgen (die in diesem Text nur mit Vornamen auftauchen möchten) sitzen beide vor ihren Computern in Bayern, an unterschiedlichen Orten. Sie treffen sich in einem digitalen Klassenraum. Alles, was Jürgen über seine Schülerin weiß: Sie geht in die sechste Klasse eines Gymnasiums und braucht Nachhilfe in Prozentrechnung.

Clara beginnt, die Aufgabe zu erklären, Jürgen schreibt auf dem gemeinsamen White Board mit. Als er verstanden hat, worum es geht, klopft Jürgen Claras Grundkenntnisse ab: „Wie viel Prozent sind 30 von 300?“ Clara antwortet, ohne zu überlegen: „10 Prozent!“ Jürgen sagt: „Super, das kannst du also schon!“

Die Online-Plattform „naklar.io“ bringt ehrenamtliche Tutor:innen mit Schüler:innen zusammen – ein Angebot, das in Deutschland nicht selbstverständlich ist. In einer Studie der Bertelsmann-Stiftung landet

Deutschland im Jahr 2019 bei der Bildungsgerechtigkeit nur auf Platz 14 von 41 OECD-Staaten. Der Einfluss des sozioökonomischen Hintergrunds auf den Bildungserfolg sei international hoch. Dabei ist der Bildungserfolg besonders für den Zugang zum Arbeitsmarkt und für soziale Teilhabe wichtig. In einer Resolution der UNESCO vom Juni 2021 heißt es, die inklusive Gestaltung von Bildungsprozessen und die Digitalisierung in der Bildung müssten von Beginn an zusammengedacht werden.

Der Beginn einer neuen Lernkultur?

Kann „naklar.io“ der Beginn einer neuen Lernkultur sein? Auf der Plattform loggen sich Schüler:innen ein, treten direkt mit Tutor:innen in Kontakt oder machen – wie Clara – einen Termin ab. Die Sessions können per Telefon oder Video abgehalten

werden. Meist dauern sie 30 Minuten. Über die Plattform können Dateien hochgeladen, es kann gehattet oder gemeinsam an der virtuellen Tafel gearbeitet werden. „Wir wollen einen möglichst einfachen Zugang schaffen, um Wissen weiterzugeben“, sagt der Gründer Sebastian Scott. Das Ziel sei nicht, die Lehrer an der Schule zu ersetzen, sondern die Eltern, Geschwister oder Großeltern, die gerade nicht unterstützen können.

Die Initiative entstand während des ersten Lockdowns im März 2020. Bei einem sogenannten Hackathon, einem Program-

mierer-Treffen, fand sich eine Gruppe Studenten aus München zusammen und baute in wenigen Tagen die Seite „naklar.io“ auf. Zum Sieg des Gründerwettbewerbs reichte es zwar nicht, aber die Student:innen hielten an ihrer Idee fest. Die Seite wächst und wächst, es melden sich Tutor:innen aus verschiedenen Bereichen: von Studierenden bis hin zu pensionierten Lehrer:innen. „Momentan haben wir über 8000 Nutzer, aber das ist nichts im Vergleich zu den elf Millionen Schüler:innen in Deutschland“, sagt Scott.

Risikoschulen könnten so vermieden werden

Marc Kleinknecht, Professor für Schulpädagogik an der Leuphana Universität, hält die Plattform für eine gute Idee. „Wenn sie in die Strukturen der Schulen eingebunden werden, können Sie einen Beitrag zu mehr Bildungs-gerechtigkeit leisten.“ Naklar.io kooperiert seit Januar mit einzelnen Schulen. Durch eine derartige Zusammenarbeit können laut Kleinknecht sogenannte Risikoschulen vermieden und professionelle Lehrer:innen-

teams für eine individuellere Unterstützung ermöglicht werden. Selbst wenn Bildungsungleichheiten nie ganz überwunden werden können, sollten Schulen sie nicht selbst erzeugen. „Die schwächsten Schüler:innen brauchen die besten Lehrkräfte“, sagt Kleinknecht.

Clara und Jürgen erarbeiten sich an diesem Vormittag eine Aufgabe nach der anderen. Jürgen ist seit Februar 2021 als Tu-

tor dabei, arbeitet eigentlich in der Medizingeräteentwicklung. „Mir macht es total Spaß, den Kids zu helfen“, sagt er.

Oft begleite er Schüler:innen über lange Zeit, erzählt Jürgen. Mit einem Jungen habe er 30 Sitzungen gehabt. Am Ende habe der seine Aufnahmeprüfung für das Gymnasium mit einer Zwei abgeschlossen. „Jetzt lädt er mich auf ein Eis ein“, sagt Jürgen.

8000

Nutzer
hat das Portal aktuell.



„naklar.io“ heißt die kostenlose Online-Nachhilfe von Gründer Sebastian Scott. Foto: privat

FRAGE DES TAGES

Was bereitet Euch Sorge?



Sophia Krause (27): Ich bin besorgt, dass finanzielle Interessen generell über das Wohl der Menschen gestellt werden.



Lotta Wagner (17): Mir bereitet Sorge, dass die Politik nicht genug Durchsetzungskraft besitzen könnte, um die Klimaziele zu erreichen.



Jovanka Backhus (32): Ich mache mir Sorgen um die Gesundheit meiner Mutter und hoffe, dass sie noch lange bei mir ist.



Sebastian Schmidt (24): Wenn ich an die Zukunft denke, mache ich mir Sorgen um unsere Gesellschaft. Realitätsferne Selbstdarstellungen auf Social Media Plattformen dürfen nicht dazu führen, dass wir uns darin selbst verlieren und dabei das Allgemeinwohl vergessen.



Leon Te Paa (27): Dass ich meine Ziele nicht erreiche. Ich hoffe, dass ich den richtigen Weg eingeschlagen habe.



Emilia Scheller (17): Ich bin besorgt, dass Menschen auf der Flucht nicht genügend Unterstützung erfahren.



Pascal Fres (32): Die künftige politische Entscheidungsfindung wird sich schwierig gestalten, weil die an der Regierung beteiligten Parteien in der zu bildenden Koalition Kompromisse eingehen müssen.



Juliana Grottker (26): Meine größte Sorge ist der Tod – irgendwann nicht mehr ein Teil der Welt zu sein.



Alicia Steber (24): Ich Sorge mich darum, ob mein Arbeitsplatz langfristig sicher ist, da meine Zukunftsplanung darauf aufbaut. Text und Fotos: Alex Krause

„Das Stöberfeeling hast du online nicht“

Linnéa Haufschild hat den Secondhandladen RudiRetro in der Altstadt eröffnet

Linnéa, würdest Du dich als Quereinsteigerin bezeichnen? Im Einzelhandel, ja. Ich bin gelernte Schneiderin und habe Bekleidungstechnik studiert. Nebenbei habe ich immer in kleinen Boutiquen gearbeitet, wo ich auch im Verkauf tätig war. Aber Verkaufen habe ich halt nicht gelernt.

Auf deiner Website steht, dass du mit dem Laden den Anspruch hast, eine nachhaltige Einkaufsoption für coole Mode in Lüneburg anzubieten. Wie definierst Du nachhaltige Mode und nachhaltigen Konsum? Selbst wenn Kleidung aus nachhaltigen Materialien hergestellt wird, werden immer noch neue Ressourcen verbraucht. Natürlich gibt es mittlerweile auch Unternehmen, die kreislauffähige

Produkte herstellen. Das ist dann durchaus nachhaltig. Aber die meiste Kleidung kann eben nicht recycelt werden. Deswegen ist für mich die nachhaltigste Option, Secondhand zu kaufen.

Willst Du mit Blick auf das allgemeine Konsumverhalten etwas verändern? Ja, auf jeden Fall. Ich habe oft gedacht, dass das, was ich als einzelne Person leiste, nicht so viel bringt. Mit einem Laden kann ich nun viel mehr Leute erreichen. Vor allem, wenn ich künftig auch noch Events und Workshops veranstalte. Ich selbst könnte anderen zum Beispiel beibringen, wie sie ihre Kleidungsstücke reparieren können. Angefangen beim Annähen von Knöpfen. Da bin ich doch immer erstauert, wie wenige das können.

Ich kann das auch nicht! Super, dann habe ich ja schon meine erste Teilnehmerin!

Nach welchen Kriterien wählst Du Kleidungsstücke aus? Tatsächlich kaufe ich das ein,

was ich selbst auch tragen würde. Und das scheint sehr gut anzukommen. Dabei achte ich vor allem auf die Materialien und Qualität. Ich trage zum Beispiel kein Polyamid oder Polyester, weil diese Stoffe beim Waschen Mikroplastik abgeben.

Es ist viel die Rede davon, dass Innenstädte sich verändern werden: mehr Homeoffice, mehr Onlineshopping, mehr Leerstände. Was hat Dich dazu bewegt, dennoch einen Laden aufzumachen? Mein persönliches Kaufverhalten. In meinem Studium ging es viel darum, wie man den Onlinehandel als Erlebnis besser gestalten kann. Doch ich glaube nicht, dass Onlineshopping mit dem Einkaufserlebnis auf offener Straße jemals vergleichbar sein wird. Ich liebe es, samstags durch die Stadt zu schlendern, in Läden reinzugeschauen und Kaffee zu trinken. Dieses gemütliche Stöberfeeling hast du online nicht.

Was hast Du noch für

Erfahrungen gemacht? Die Läden, die ich mir angeguckt habe, hätte ich alle haben können. Die Vermieter:innen schienen immer sehr froh darüber gewesen zu sein, dass überhaupt jemand einen Laden haben will. In der Zeitung habe ich gelesen, dass in der Stadt 27 Läden leer stehen, Tendenz steigend.

Was forderst Du von der Stadt, damit das nicht passiert? Macht es Leuten wie mir nicht unnötig schwer! Allein die Suche



Linnéa Haufschild vor ihrem Secondhandladen „RudiRetro“ in der Altstadt. Foto: Emma Maurus

nach einem Laden war sehr frustrierend. Ich lese von 27 Leerständen und finde online trotzdem nur vier Läden. Es müsste doch einfach sein, als Stadt eine Liste mit allen Leerständen zusammenzustellen oder ein entsprechendes Portal einzurichten. Speziell bei der Förderung für die Miete war das Problem, dass keiner der Ansprechpersonen richtig informiert schien. Wenn so was angeboten wird, dann sollte man eigentlich davon ausgehen können, dass das auch funktioniert. (Anmerkung der Redaktion: Lüneburg ist aktuell Modellprojekt für digitales Leerstandsmanagement).

Angenommen, der Laden läuft nicht, wie erhofft. Wäre es dann eine Option, wieder ins Online-Geschäft zu gehen? Nein, mir geht es darum, meinen Traum zu verwirklichen. Ich mache das für meine Seele und die Message, nicht für mein Konto. Ich habe mich dagegen entschieden, Geld zu verdienen.

Interview: Emma Maurus

DER WENDEPUNKT

Gendern mit Oma

Von Emma Maurus

Im Haus meiner Oma ist es dunkel, kalt und still. Man hört bloß die verschiedenen Uhren, deren Sekundenzeiger abwechselnd ticken. Als Opa noch lebte, lief tagsüber immer der Fernseher. Oma hat schon immer lieber gelesen.

Endlich war ich mit meiner Oma ein paar Tage allein, das erste Mal nach Opas Tod. Ich wollte ihr unbedingt einige Fragen stellen: Wovon hat sie als junge Frau geträumt? Wie war ihr Verhältnis zu Männern? Wie hat sie Geschlechterrollen wahrgenommen? Ich erinnere mich, wie sie einmal meinen Umgang mit meinem und ihrem Smartphone lobte (ja, sie hat eins und wir chatten sogar regelmäßig). Sie sagte: „Übung macht den Meister, gell?“ Daraufhin erwiderte ich mit einem Augenzwinkern: „Ja, Übung macht die Meisterin!“ Ihr Kommentar: „Jaja, das Gender-Ding“.

Es ist nicht leicht, sich mit meiner Oma über Generationenfragen zu unterhalten. Sie ist es überhaupt nicht mehr gewohnt, über sich und ihre jungen Jahre zu sprechen. Klar – sie wird ja auch nie danach gefragt. Nach und nach entlockte ich ihr dennoch einige Antworten. Es gelang mir auch, das „Gender-Ding“ aufzugreifen. Ich war überrascht, wie gut unsere Unterhaltung darüber lief. Das Einzige, was sie an der Debatte störe, sei die Art und Weise, wie verschiedene Gruppen darüber streiten würden. „Das ist immer gleich so radikal. Warum kann man nicht normal darüber sprechen und nach und nach Dinge verändern?“

Nach dem Besuch bei meiner Oma fragte ich mich etwas Ähnliches: Warum können die unterschiedlichen Generationen nicht miteinander reden, ohne dass dabei sofort die Rede ist von „den Alten, die für so viel verantwortlich sind“ und „den Jungen, die so viel Verantwortung tragen sollen“. Wir tragen eine gemeinsame Verantwortung – und zwar, dass wir in einen Dialog treten, füreinander Verständnis entwickeln und voneinander lernen. Denn nur so lassen sich gesellschaftliche Probleme angehen und schließlich lösen.

IMPRESSUM

Herausgeber

Medienhaus Lüneburg GmbH, Am Sande 18-20, 21335 Lüneburg

Leitung Startwochenzeitung

Martin Jäschke, Christopher Piltz, Martin Schlack, Thore Rausch

Redaktion Print

Corinna Ballnat, Gaia Braßler, Fynn Dresler, Stefan Eichholz, Stella Eick, Kaja Eilers, Luisa Gohlke, Hanno Hinrichs, Alex Krause, Jule Meinberg, Luise Pohlmann, Arne Scharf, Valerie Steinhausen, Lorena Zapke

Redaktion Social Media

Svenja Engelhardt, Helen Gremiltza, Rica Günther, Anna-Sophie Ohlwein, Anna Richter

Landeszeitung

Thorsten Lustmann, Hans-Herbert Jenckel